



Industriestandort Deutschland – Auf der Suche nach einem neuen Erfolgsrezept

Policy Brief Nr. 04 | 2026

Energiekrise, China-Shock, globaler Protektionismus: Vollzieht sich in Deutschland eine umfassende Deindustrialisierung? Diese Frage wurde in den vergangenen Jahren intensiv diskutiert. Eine neue Studienreihe der Bertelsmann Stiftung zeigt ein ambivalentes Bild: Alte Leitbranchen schwächeln, neue Sektoren entwickeln sich dynamisch. Die Politik kann neue Technologien unterstützen und für mehr Binnennachfrage sorgen.

Die Debatte um die **Zukunft des deutschen Industriestandorts** hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verschärft. Vor dem Hintergrund einer anhaltenden wirtschaftlichen Misere zeigen viele Parameter der industriellen Entwicklung nach unten: Abnehmende Produktionszahlen, Investitionen und Beschäftigung, eine nachlassende Innovationsdynamik. Kaum eine Woche vergeht ohne Nachrichten über neue Werkschließungen und Stellenabbau. Viele Wirtschaftsvertreter und Kommentatoren zeichnen deshalb ein düsteres Bild der Zukunftsaussichten und verweisen auf hohe Energie- und Arbeitskosten, viel Bürokratie und anziehende internationale Konkurrenz. Hinzu kommen die Herausforderungen geopolitischer Krisen, technologischer Disruptionen, des demografischen Wandels und die Erfordernisse einer umfassenden Dekarbonisierung.

Allerdings gab es in den letzten Jahren auch viele aufsehenerregende Neuansiedlungen und Investitionen am deutschen Standort, die auf eine nach wie vor erhaltene Standortattraktivität schließen lassen. Auch die jüngste Belebung von Produktion, Export und Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe sowie positivere Geschäftserwartungen lassen hoffen, dass die Wirtschaftsflaute langsam überwunden werden könnte.

Ob und in welchem Ausmaß eine dauerhafte und bedenkliche **Deindustrialisierung** mit einschneidenden Wohlstandseinbußen stattfindet, ist nicht abschließend geklärt. Viele Analysen sowie Debattenbeiträge zum Thema beziehen sich auf ausschnittartige Indikatoren oder nachlaufende amtliche Statistiken. Sie übersehen häufig gegenläufige und aktuelle Trends, vermischen

konjunkturelle mit strukturellen Änderungen oder blenden regionale sowie sektorale Entwicklungen aus. Das liegt auch daran, dass es bislang kein umfassendes datenbasiertes Monitoring des industriellen Strukturwandels in Deutschland gibt, das Aufschluss über die tatsächlichen Entwicklungen am aktuellen Rand gibt, diese in langfristige Trends einordnet und adäquate wirtschaftspolitische Ableitungen ermöglicht. Genau hier setzt das Projekt „Zukunftsstandort Deutschland“ an.

Im Rahmen einer großangelegten **Studienreihe zum Thema „Industriedynamiken in Deutschland“** hat die Bertelsmann Stiftung verschiedene Forschungsarbeiten in Zusammenarbeit mit dem Institut der deutschen Wirtschaft, dem IW Consult und dem ifo Institut aufgesetzt, die die Entwicklungen im industriellen Strukturwandel entlang unterschiedlicher Dimensionen beleuchten. Durch innovative Methoden und Forschungsdesigns ist es gelungen, ein umfangreiches und aktuelles Bild der Lage und Perspektive der deutschen Industrie zu zeichnen. In den Dimensionen Produktion, Investitionstätigkeit, Beschäftigungsentwicklung und Innovationskraft lassen sich differenziert branchen- und regionalspezifische Entwicklungen im Verarbeitenden Gewerbe erkennen.

Ziel ist es, durch die **neuartige Datengrundlage und Methodik** eine **belastbare empirische Basis** zu schaffen, aus der zielführende wirtschafts- und industriepolitische Ableitungen möglich sind. Dies ist dringend nötig, da die Ergebnisse weder eine Eindeutigkeit hinsichtlich Umfang, Reversibilität oder Bedenklichkeit erlauben, noch auf ein wirtschaftspolitisches Allheilmittel hindeuten, die die Probleme des deutschen Industriestandorts beheben könnte. Vielmehr ist die Lage wie auch die möglichen Lösungen als heterogen und ambivalent zu beschreiben. In diesem Kontext soll die Industriedynamiken-Reihe auch einen Beitrag zur Versachlichung der aufgeladenen Debatte leisten und eine datenbasierte Auseinandersetzung um den richtigen wirtschaftspolitischen Kurs anregen. Im vorliegenden Policy Brief werden die bisherigen Ergebnisse zu diesem Zweck systemisch zusammengeführt und eingeordnet.

Die Lage ist ernst, aber nicht aussichtslos.

Die industriebasierte und exportabhängige deutsche Volkswirtschaft wurde durch die Krisen der vergangenen Jahre besonders hart getroffen. Unterbrochene

Lieferketten und sprunghafte Energiepreisanstiege haben in Kombination mit einer nachlassenden Exportnachfrage und globalen Handelsirritationen das langjährige Erfolgsmodell unter Druck gesetzt. Bei gleichzeitig anziehender Konkurrenz vor allem aus China wurde es für die traditionell hochqualitativen Industrieerzeugnisse der Marke „Made in Germany“ zunehmend schwerer, sich an den Weltmärkten noch behaupten zu können. Während sich die Rahmenbedingungen für den deutschen Standort verschlechterten, setzten die USA und China auf eine massive staatliche Bevorteilung ihrer Unternehmen und Standorte, was die Sorgen vor einer dauerhaften Abwanderung und einem möglichen Niedergang der heimischen Industrie weiter befeuerte.

Viele makroökonomische Kennzahlen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland deuten tatsächlich auf dauerhaft veränderte Handelsströme und eine schwindende Standortattraktivität hin:

- **Exportrückgang trotz starker globaler Nachfrage:** In den 2020er-Jahren ging der reale Wert der deutschen Warenexporte trotz deutlich wachsender globaler Wirtschaft und Warenimporte zurück. Diese Bilanz stellt dem deutschen Industriestandort ein besonders schlechtes Zeugnis aus. Der stark exportgetriebene Charakter des bisherigen Wachstumsmodells zeigt sich auch in den Statistiken der Jahrzehnte von 1980 bis 2010. Hier wuchsen sowohl die deutschen Warenexporte, die globalen Warenimporte und die globale Wirtschaft jeweils weitgehend kongruent mit drei bis acht Prozent.
- **Abwärtstrend in der Produktion:** Der monatliche Produktionsindex des Statistischen Bundesamtes befindet sich seit 2018 in einer Abwärtsdynamik. Der Index gibt Aufschluss über Wert und Menge der Produktion größerer Industriebetriebe.
- **Beschäftigung geht zurück:** Seit 2019 ist die Anzahl der Erwerbstätigen in der Industrie kontinuierlich zurückgegangen, nachdem es zwischen 2010 und 2019 im Trend einen deutlichen Aufwuchs gegeben hatte.

Unterhalb dieser aggregierten Betrachtungsebenen vollzieht sich allerdings ein äußerst komplexer Strukturwandel, den es genauer zu verstehen gilt, um eine angemessene wirtschaftspolitische Handhabe zu entwickeln. Schließlich gab es schon vor den vergangenen Krisenjahren einen Trend in Richtung des Dienstleistungssektors und einer Wissensökonomie, der nicht

notwendigerweise staatliche Eingriffe erforderte. Am Anfang steht daher die Frage, ob und inwiefern „die Industrie“ oder ihre Teilbereiche in Deutschland ihren historischen Stellenwert behalten sollten, um den heutigen Wohlstandslevel aufrechterhalten zu können, und was ihre Bedeutung eigentlich ausmacht.

Industrie: Entscheidend für regionale Gleichwertigkeit, aber nicht für Wachstum

Anders gewendet haben wir uns im Rahmen der Industriedynamiken-Studienreihe gefragt, ob die Sorgen vor Wohlstandseinbußen durch eine Deindustrialisierung überhaupt begründet sind. Während etwa der Präsident des IfW Kiel, Prof. Moritz Schularick, den „Industriefetisch der Deutschen“ kritisiert und eine größere Offenheit gegenüber einem Strukturwandel Richtung innovativer Dienstleistungen fordert, sehen andere in der deutschen Spezialisierung einen Vorteil. So machte das Bundeswirtschaftsministerium unter Peter Altmaier eine Erhöhung der Industriequote in Deutschland auf 25 Prozent zum politischen Ziel (gegenwärtig liegt die Industriequote bei rund 20 Prozent) (Deutschlandfunk 2025; Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2019).

Unsere Studien liefern zu den Vor- und Nachteilen einer Industrie-Orientierung der Volkswirtschaft neue Evidenz. Eine vergleichende Analyse der Wachstumsraten einer Vielzahl von Volkswirtschaften zeigt, dass weder eine Dienstleistungs- noch eine Industriespezialisierung per se einen langfristigen Wachstumsvorteil mit sich bringt. Im Durchschnitt der untersuchten OECD-Länder besteht kein statistischer Zusammenhang zwischen Industrieanteil und langfristigen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts. Gleichwohl zeigt die Studie deutlich, dass Deutschlands Industrie von großer Bedeutung für die Volkswirtschaft ist. Denn ihre spezifische Struktur mit vielen kleinen und mittelgroßen Betrieben stabilisiert die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Land. Die Autoren legen dar, dass seit Anfang des Jahrtausends ein bemerkenswerter Prozess regionaler wirtschaftlicher Angleichung begonnen hat, bei dem ärmere (reichere) Regionen sehr hohe (niedrige) Wachstumsraten erzielen konnten. Dies ist unter anderem auf die regionale Verteilung von Deutschlands Industriebetrieben zurückzuführen, die nicht nur in wenigen urbanen Zentren, sondern über die Fläche des Landes verteilt zu finden sind. Dieses deutsche Modell eines dezentralen Industriestandortes mit Fokus auf Mitteltechnologien war auch deshalb über lange Jahre wirtschaftlich erfolgreich, weil die großen

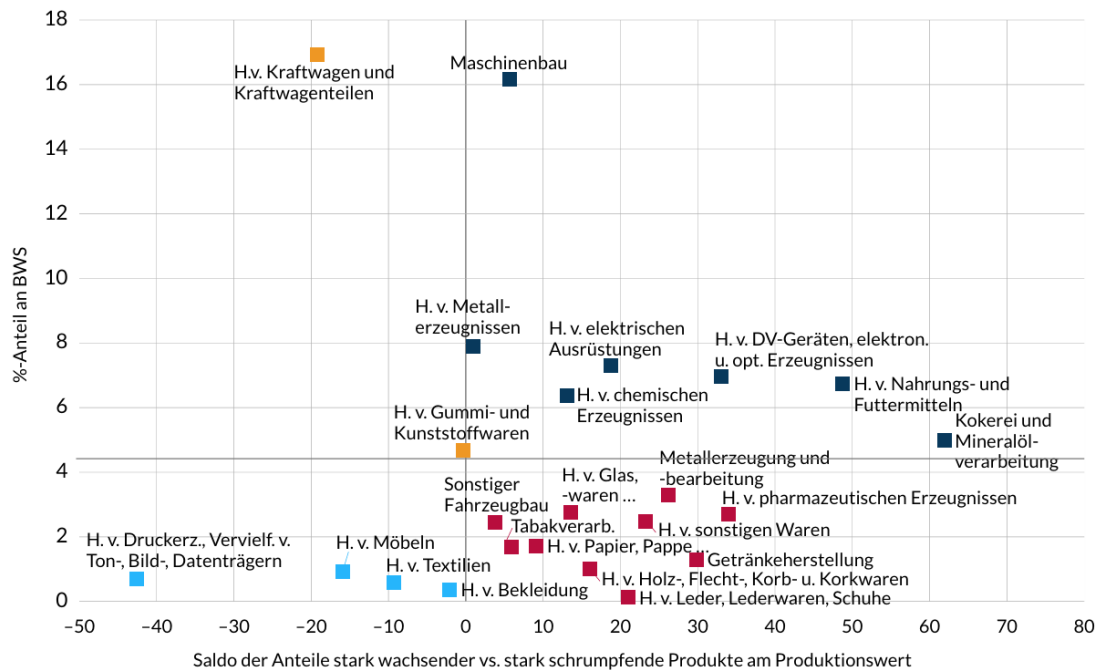
Industriebranchen vergleichsweise geringe Größen- und Verbundvorteile aufweisen. Sie können also auch als „Einsiedler“ in ländlichen Regionen erfolgreich operieren und sind weniger auf umliegende Clusterstrukturen angewiesen. Eine stärkere Orientierung Richtung Dienstleistungen oder Hochtechnologie geht hingegen mit dem Risiko einher, dass Wertschöpfung sich stärker in wenigen Ballungsräumen konzentriert, wie dies etwa im amerikanischen Silicon Valley zu beobachten ist. In diesem Fall könnte eine Deindustrialisierung dem Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse zuwiderlaufen. Deshalb sollte auch im Rahmen des Strukturwandels darauf abgezielt werden, dass der Standortvorteil der industriellen Dezentralität nicht verloren geht. Dies kann unter anderem durch einen Fokus auf eine breite Technologie-Diffusion in der Fläche erreicht werden.

Zusammengefasst: Deutschlands Industrie sichert gleichwertige Lebensverhältnisse. Ohne wirtschaftspolitische Begleitung könnte eine Deindustrialisierung zur Folge haben, dass die regionalen Wohlstandsgefälle zunehmen. Kleinstädte und Dörfer könnten wirtschaftlich verlieren, während sich die Wertschöpfung stärker in Ballungsräumen konzentriert.

Produktion: Die Industrie hat sich auf den Weg gemacht

Wenn die Gesamtgröße der Industrie also eher als Resultat denn als Ziel der Wirtschaftspolitik verstanden werden sollte, lohnt sich ein genauerer Blick auf die Struktur und Dynamik innerhalb der Industrie. In der erstmalig für diesen Zweck weiterentwickelten Growth-Share-Matrix wird die Wachstumsneigung einer Branche mit ihrer wirtschaftlichen Bedeutung in Bezug gesetzt (siehe Abbildung 1). Die Wachstumsneigung wird errechnet, indem ein Saldo gebildet wird, ob stark

Abbildung 1: Growth-Share-Matrix für das Verarbeitende Gewerbe



H. v.: Herstellung von
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

BertelsmannStiftung

wachsende oder stark schrumpfende Produktgruppen im gesamten Produktionswert einer Branche überwiegen. Überwiegen diese (rechter Teil der Matrix), scheint eine Branche zukunftsfähig aufgestellt. Dominieren hingegen stark schrumpfende Produktgruppen im Produktionsportfolio, könnte dies auf einen Bedeutungsverlust hinweisen. Dass die Mehrzahl der 23 Industriebranchen sich rechts in der Matrix befindet, lässt ein insgesamt eher positives Fazit zu: Es entfallen rund 76% der industriellen Wertschöpfung auf Branchen mit überwiegend stark wachsenden Produktgruppen. Das heißt, dass die Industrie sich produktionsseitig auf den Weg einer Anpassung von Geschäftsmodellen gemacht und überwiegend in zukunftsträchtigen Märkten mit hohen Wachstumsraten operiert.

Die Automobilkrise stellt sich hingegen als tiefgreifend dar. Aufgrund des Ausstiegs aus dem Verbrennungsmotor schrumpfen hier besonders wichtige Produktgruppen, die bisher einen sehr hohen Produktionswertanteil hatten. Zwar wachsen Erzeugnisse für elektrische Antriebssysteme, doch können sie diesen Rückgang (zumindest noch) nicht kompensieren.

Bei dem überwiegend positiven Ergebnis muss bedacht werden, dass es sich bei vielen gut dastehenden Branchen nicht um die Früchte technologiegetriebenen Wachstums, sondern eher eine pragmatische

Anpassung an neue Konsumentenpräferenzen sowie veränderte Gegebenheiten handeln dürfte. Langfristig jedoch sind größere Wertschöpfungspotenziale eher in Hochtechnologiebereichen zu erwarten.

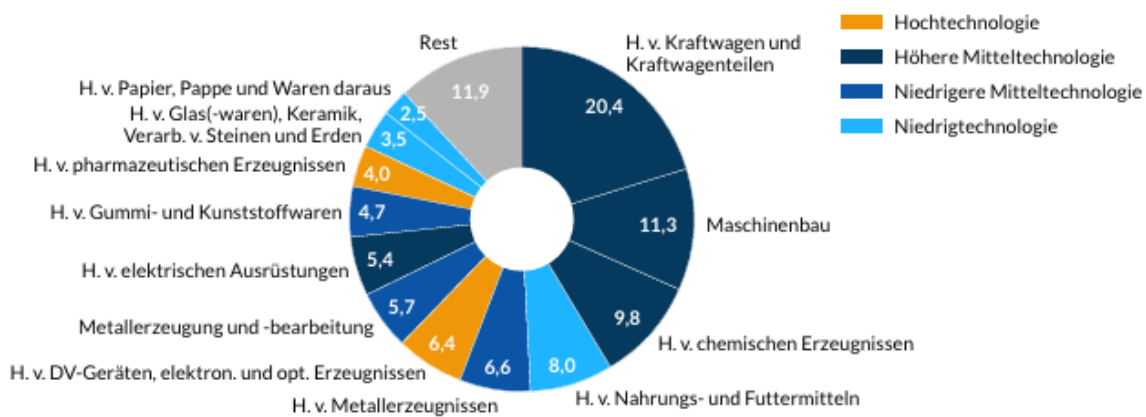
Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Industriekrise zeigt sich nur begrenzt in den Produktionsstatistiken. Die Growth-Share-Matrix zeichnet eher ein Bild einer widerstands- und anpassungsfähigen Industrie, wobei die Krise der größten deutschen Branche, der Automobilindustrie, schwer wiegt und auch anliegende Branchen wie den Maschinenbau trifft.

Investitionen: Gedämpft, aber mit Hoffschimmern

Investitionen in Maschinen, Software, Forschung und Entwicklung und Gebäude legen die Grundlage für künftiges Wachstum. Investitionsdaten sind daher ein besonders aufschlussreicher Indikator, was die künftige Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes angeht.

Beim Blick zurück fällt auf: Kleine Investoren der High-Tech-Industrien, zum Beispiel die Pharmabranche oder die Fertigung von Halbleitern, haben ihre Investitionen sehr stark gesteigert, große Investoren, etwa die

Abbildung 2: Anteil der Brancheninvestitionen an den Gesamtinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes nach Technologieintensität



H. v.: „Herstellung von“; Abgrenzung gemäß der Hochtechnologie-Klassifikation des Verarbeitenden Gewerbes von Eurostat.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2025a

| BertelsmannStiftung

Automobilindustrie oder der Maschinenbau, weisen hingegen ein stagnierendes oder nur noch schwach wachsendes Volumen auf. Überhaupt fällt das Investitionsverhalten innerhalb der Industrie stark auseinander: Befragungsdaten zur Investitionsneigung zeigen auch ein Gefälle zwischen großen und kleinen, west- und ost-deutschen und technologieaffinen und innovationsfernen Unternehmen auf.

Ein ambivalentes Bild zeigt sich auch mit Blick auf das künftige Investitionsvolumen. Eine umfangreiche Auswertung von Webdaten, die Informationen zu geplanten und teilweise realisierten Investitionen von Industrieunternehmen vom Jahr 2023 bis ins Jahr 2035 beinhalten, lässt divergierende Trends erkennen: Während die Automobilindustrie mit ihren Investitionen weit unter dem Volumen bleibt, das angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung der Branche zu erwarten wäre, übertrifft die Pharmaindustrie die Erwartungen deutlich. Am künftigen Investitionsvolumen liegt ihr Anteil bei 7%. Bei der Halbleiterfertigung liegt der Anteil am Investitionsvolumen angesichts einer Vielzahl von großen Projekten sogar bei einem Fünftel. Insgesamt hat sich am aktuellen Rand die Investitionsneigung der Industrie wieder etwas aufgehellt: Die jüngsten Umfragedaten lassen auf einen Anstieg für 2026 schließen.

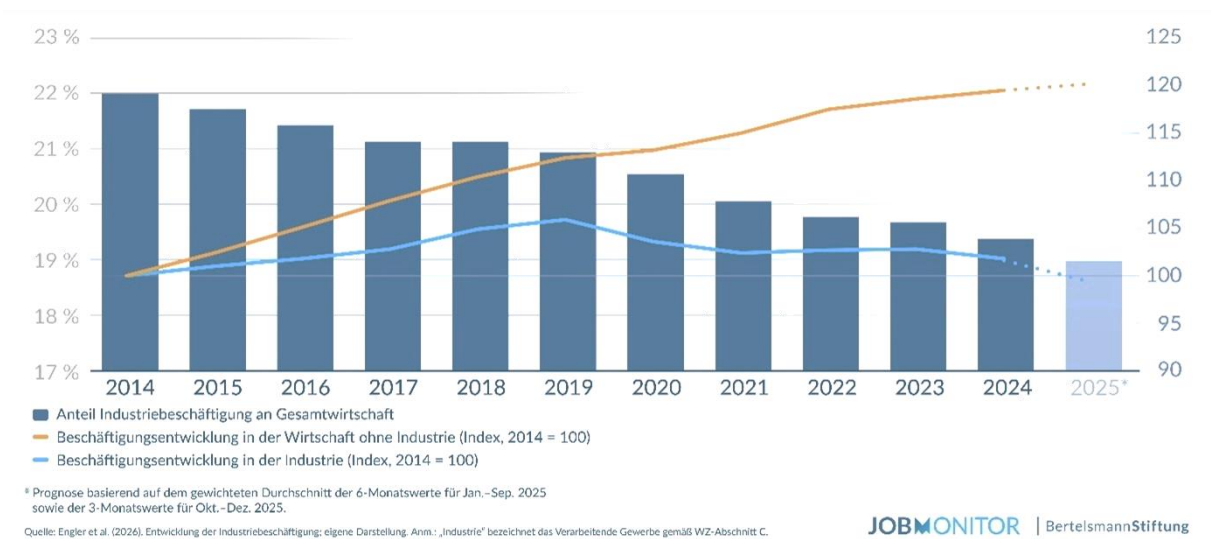
Das gestiegene Investitionsvolumen der Hochtechnologie-Branchen reicht nicht aus, um die Schwäche der Leitbranchen zu kompensieren.

Übergreifend lässt sich feststellen: Bis dato kleine Hochtechnologie-Branchen gewinnen in der Industrie massiv an Bedeutung, während die großen Branchen Schwäche zeigen. Das gestiegene Investitionsvolumen der Hochtechnologiebranchen reicht jedoch nicht aus, um die Stagnation und Wachstumsschwäche in den Leitbranchen zu kompensieren.

Beschäftigung: Weniger Einstellungen und veränderte Anforderungen

Zwischen 2019 und 2025 wurden in der Industrie rund 420.000 Stellen abgebaut. Mit 6,6 Millionen lag die Beschäftigtenzahl damit unter dem Niveau von 2014. Doch am Arbeitsmarkt zeigt sich nicht nur die aktuell schwierige wirtschaftliche Lage, sondern auch der langfristige Strukturwandel. Denn auch wenn die Industriebeschäftigung von 2014 bis 2019 absolut noch anstieg, verlor die Industrie bereits in dieser Phase an Gewicht, weil Dienstleistungsbereiche wuchsen. Im Jahr 2025

Abbildung 3: Industriebeschäftigung verliert an Bedeutung: Andere Wirtschaftsbereiche wachsen stärker



JOBMONITOR | BertelsmannStiftung

machte die Industriebeschäftigung noch rund 19 Prozent der Gesamtbeschäftigung aus (siehe Abbildung 3). Dabei erfolgte der Rückgang bislang weniger über große Entlassungswellen als über eine schwächere Einstellungsdynamik. Unternehmen besetzen freierwerdende Stellen seltener nach und stellen weniger neue Mitarbeitende ein. Das Risiko, aus einem Industriejob arbeitslos zu werden, bleibt daher bislang niedriger als im Rest der Wirtschaft. Rückläufige Neueinstellungen und der Rückgang der Stellenausschreibungen deuten jedoch auf eine sich verschärfende Beschäftigungskrise hin.

Große regionale Unterschiede bei der Beschäftigungsentwicklung zeigen erneut, wie stark das deutsche Wachstumsmodell auf seiner Exportstärke basiert. So konnten Regionen mit hohem Industrieanteil ihre Beschäftigung lange stabil halten. Seit 2019 nimmt jedoch auch dieser Vorteil ab, weil die Exportstellung vieler Unternehmen unter Druck geraten ist. Zugleich verändert der Wandel nicht nur die Nachfrage nach Arbeitskräften, sondern auch die Tätigkeiten. Durch die Anpassung der Geschäftsmodelle und Produktionsportfolios werden klassische Fertigungsberufe wie zum Beispiel in der Kunststoffherzeugung oder Metallverarbeitung weniger gebraucht, während technische Produktionsberufe, die komplexe technische Kenntnisse und Fertigkeiten erfordern wie etwa in der Elektrotechnik oder Maschinen- und Fahrzeugtechnik weiter gefragt sind.

Innovation: Technologische Wettbewerbsfähigkeit und Kontrolle schwinden

Die Innovationstätigkeit legt ebenso wie die Investitionen den Grundstein für künftigen wirtschaftlichen Erfolg: Nur dort, wo Forschung und Entwicklung

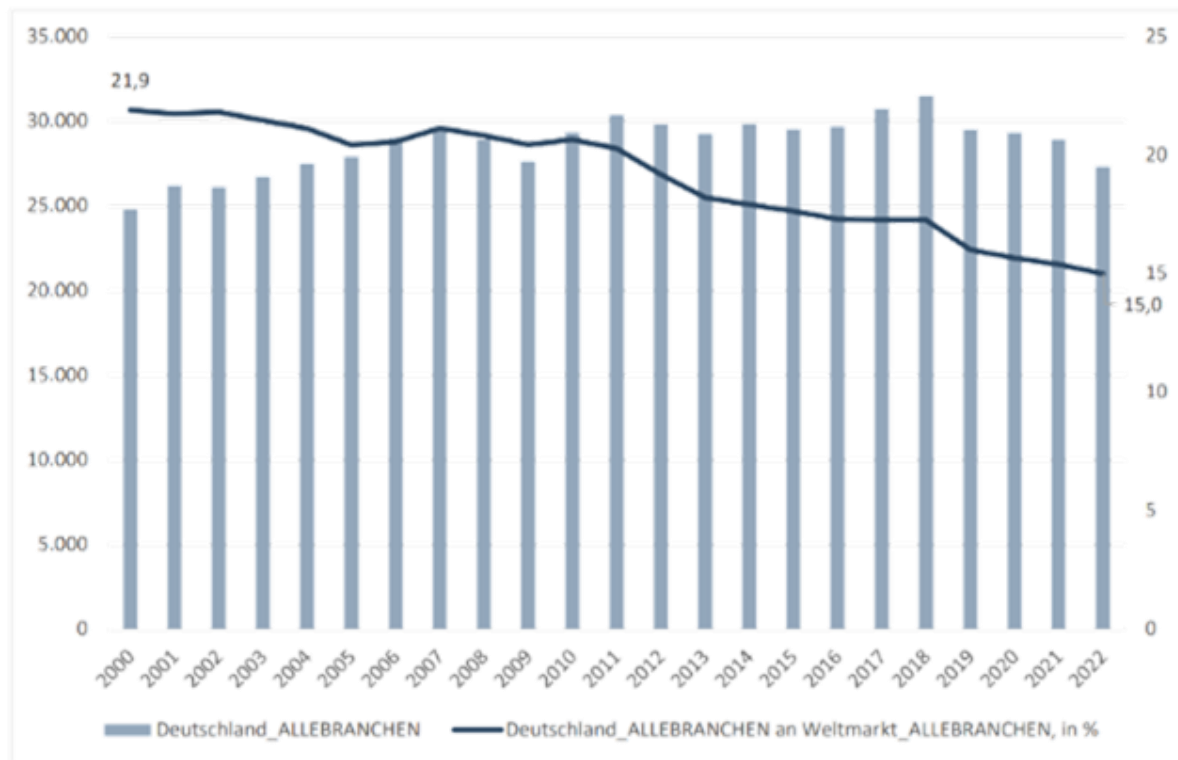
betrieben und Innovationen patentiert und kommerzialisiert werden, sind langfristig tragfähige Geschäftsmodelle in wachstumsstarken Märkten zu erwarten. Doch die Innovationsaffinität am deutschen Standort nimmt insgesamt ab. Eine breite Masse der Unternehmen ist gerade bei der Anwendung komplexer Technologien abgehängt (Bolwin et al. 2026).

Eine Auswertung der Patentanmeldungen als Indikator der Innovationsleistung in den verschiedenen Industriebranchen und in den wichtigsten Technologiebereichen zeigt, dass sich die Position Deutschlands gravierend verschlechtert hat (siehe Abbildung 4). Zum einen wurden in vergleichbaren Staaten die jährlichen Patentanmeldungen im Betrachtungszeitraum deutlich stärker gesteigert: Während Deutschland lediglich einen Anstieg des jährlichen Patent-Outputs um 10% zwischen 2000 und 2022 erreichen konnte, haben Staaten wie Schweden, die USA oder Österreich Steigerungen von 40-95% geschafft. Zum anderen ist der Innovationsoutput seit dem Jahr 2018 sogar absolut gesunken. Verantwortlich für die Schwäche ist unter anderem die stark automobillastige Innovationstätigkeit, die mit dem Abrücken vom Verbrennungsmotor einen starken Dämpfer erhalten hat.

Ermutigender sind die Ergebnisse bei den wichtigen digitalen Technologien: in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Cybersicherheit und Digitalisierung konnte Deutschland die Zahl der jährlichen Patentanmeldungen deutlich steigern und zudem die relativen Verluste

Abbildung 4: Transnationale Patentanmeldung des Aggregats aller Branchen: Forschungsstandort Deutschland

Anmeldejahr, Erfindersitz, Sekundärachse in %



Quelle: IW-Patentdatenbank, eigene Berechnungen

am Patentweltmarkt begrenzen. Wettbewerber konnten damit zwar ihre Anteile am Innovationsoutput schneller steigern, gleichzeitig wurde Deutschland weniger stark abgehängt als in Technologiebereichen wie der Erneuerbaren Energieerzeugung oder der Autonomen Mobilität.

Problematisch sind die Entwicklungen im Innovationsgeschehen auch aus einer Kontrollperspektive: In Deutschland hervorgebrachte Patente liegen zunehmend in der Hand ausländischer Anteilseigner, die strategische und kommerzielle Entscheidungen über die Nutzung von Technologien eigenmächtig treffen können. Besonders die wachsende Kontrolle intellektuellen Eigentums durch amerikanische Eigentümer bietet angesichts der jüngsten transatlantischen Spannungen Anlass zur Sorge. In den Bereichen Pharma, Digitalisierung und Halbleiter ist der große amerikanische Besitz besonders ausgeprägt.

Fazit: Schmerzhaftes Verlorene und potenzielle neue Stärken

Aus den Erkenntnissen lässt sich das übergreifende Fazit ziehen: Statt einer Deindustrialisierung ist eher ein

intensiver Strukturwandel erkennbar, bei dem die Industrie insgesamt an Wertschöpfungsanteil, aber nicht unbedingt an Bedeutung für dezentralen Wohlstand und technologische Modernität verliert. An der bisherigen Entwicklung lässt sich erkennen, dass die Industrie eher verhalten innoviert und investiert sowie Beschäftigung abbaut. Doch zeigt sie sich produktionsseitig als ein anpassungsfähiger und pragmatischer Sektor, der trotz Verlust an Technologieführerschaft und neuem Protektionismus Wachstumschancen identifiziert und ergriffen hat. Zwischen den Lagen der einzelnen Branchen können erhebliche Unterschiede konstatiert werden: Während es im Pharma- und Halbleiterbereich aufwärts geht, schlagen sich zum Beispiel Maschinenbau, Elektrotechnik und Chemie im Betrachtungszeitraum relativ solide. In der Automobilbranche sind hingegen deutliche Warnzeichen zu erkennen.

Durch die erkennbare Zurückhaltung bei Schlüsseltechnologien bei gleichzeitiger pragmatischer Anpassung an volatile Rahmenbedingungen sind kaum höhere Wachstumsraten und Wertschöpfungsanteile an der Industriegüterproduktion zu erwarten, die zum Wohlstandserhalt in Deutschland notwendig wären. Hier bedarf es eines neuen Fokus auf jene schnell wachsenden Technologiebereiche mit hoher Innovationsintensität. Für die Zukunft kann die Politik dafür wichtige Weichenstellungen vornehmen.

Industriepolitik: Planungssicherheit und Innovationsoffensive

Besonders erfolgversprechend ist ein wirtschaftspolitisches Handeln, das die fundamentalen und makroökonomischen Treiber der oben beschriebenen Industriekrise adressiert.

Nachfrage und Außenhandel: Der Export schwächelt. Die wichtigsten Industriebranchen haben mit ausbleibender Nachfrage in China und einer erratischen US-Zollpolitik zu kämpfen. Hinzu kommt die chinesische Importkonkurrenz, die auch die Nachfrage in Deutschland und Europa zunehmend Richtung chinesischer Unternehmen verschiebt (siehe Tordoir und Setser 2025). Darunter leidet die Industrie besonders: Schwächere Absatzperspektiven dämpfen nicht nur Investitionen, sondern in der Folge auch die Nachfrage nach Arbeitskräften. Die deutsche und europäische Politik kann dieser Situation begegnen, indem sie durch Integration des Binnenmarkts, staatliche Investitionen und Förderung des privaten Konsums die Binnennachfrage stärkt. Dadurch verbessern sich zugleich die Voraussetzungen für mehr offene Stellen und Neueinstellungen. Gleichzeitig gilt es, gegen hoch subventionierte chinesische Produkte Zölle zu verhängen (OECD 2026) und neue Freihandelsabkommen zu schließen (Hinz et al. 2025). Um die Nachfrage nach heimischen Hochtechnologie-Industriegütern zu steigern, können etwa Kaufanreize für E-Autos, die größtenteils in Europa produziert wurden, hilfreich sein.

Neue Technologien und Geschäftsmodelle: Gleichzeitig muss Europa sich von der Dominanz inkrementeller Innovationen in schwach wachsenden Technologiebereichen lösen. Stattdessen gilt es, innovative Geschäftsmodelle in wachstumsstarken Technologiefeldern zu fördern und zu entwickeln. Dafür benötigen Unternehmen nicht nur eine gezielte Technologieförderung und ausreichend Wachstumskapital, sondern auch Fachkräfte mit den für neue Aufgaben erforderlichen Kompetenzen. Der Staat sollte dafür die Technologieförderung im Sinne der High-Tech-Agenda verändern: fokussiert auf Spitzenförderung, in wenigen Hochtechnologiebereichen und langfristig verlässlich. Gelingt der Transfer exzellenter Forschung in die Praxis, fehlt es häufig an Wachstumskapital. Die Politik sollte es daher institutionellen Investoren und anderen Kapitalsammelstellen erleichtern, in alternative Anlageklassen wie Venture Capital und Private Equity zu investieren. Damit zugleich die passenden Fachkräfte für innovative Unternehmen zur Verfügung stehen, sollte die

Arbeitsmarktpolitik Beschäftigte frühzeitig beraten, durch passgenaue Qualifizierung auf neue Tätigkeiten vorbereiten und berufliche Wechsel unterstützen. Zuletzt sollte der Staat seine Rolle als Ankerkunde für innovative Unternehmen verstärkt nutzen, um Risiken bei der Entwicklung kapitalintensiver und disruptiver Technologien zu mindern.

Planungssicherheit bei öffentlichen Investitionen und Dekarbonisierung: Nicht nur bei der Technologieförderung, auch bei der Dekarbonisierung bedarf es eines verlässlichen regulatorischen Rahmens und Zeitplans. Planungssicherheit ist nicht nur Voraussetzung für Investitionen, sondern ermöglicht es Unternehmen und Beschäftigten auch, sich frühzeitig auf veränderte Tätigkeiten und Kompetenzanforderungen vorzubereiten. Ob investiert wird oder Kapital an der Seitenlinie bleibt, hängt entscheidend davon ab, ob Regularien wie das Verbrenner-Aus und der Emissionshandel verbindlich gelten, grüner Strom und Wasserstoff in ausreichender Menge verfügbar sind und Förderzusagen eingehalten werden. Zudem ist wichtig, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren, etwa für große Infrastrukturprojekte, vereinfacht werden und es tatsächlich zu einem Abbau von Berichtspflichten kommt. Die Ausweitung öffentlicher Investitionen im Rahmen des Sondervermögens kann zusätzliche Planungssicherheit schaffen und eine Hebelwirkung für private Investitionen entfalten. Dabei kommt es jedoch nicht nur auf schnellen Mittelabfluss, sondern auf eine effiziente Verwendung der Gelder an (Gornig und Schiersch 2026).

Für den Erfolg des Standorts und seiner Transformation gibt es kein wirtschaftspolitisches Allheilmittel. Ein pragmatischer Politikmix aus horizontalen und vertikalen Maßnahmen erscheint angemessen.

Zu beachten ist, dass die Industriekrise durchaus tiefgreifend ist und die Politik keineswegs ein

wirtschaftspolitisches Allheilmittel zur Lösung all der grundlegenden Probleme zur Verfügung hat. Auch die obigen Politikvorschläge können einen sich vollziehenden Strukturwandel nur teilweise abfedern, ihre Implementation ginge wiederum mit eigenen Risiken einher. Beispielsweise kann eine beschleunigte Transformation zur E-Mobilität der Autoindustrie Erfolge in wichtigen Exportmärkten bescheren, allerdings auch Werksschließungen oder Wettbewerbsnachteile in Verbrenner-orientierten Märkten - etwa den USA - mit sich bringen (Boston Consulting Group 2025). Mehr Investitionen können die heimische Nachfrage stabilisieren, aber die Errichtung neuer Infrastruktur, Gebäude und Fabriken kann temporär zu Preissteigerungen in der Bauwirtschaft führen (Gornig und Schiersch 2026). Derartige Zielkonflikte erfordern ein sorgsames Abwägen durch die Politik. Aber auch die Privatwirtschaft ist in dieser spannungsreichen Lage gefragt: Es ist weiterhin von zentraler Bedeutung, dass Unternehmen angesichts der volatilen Rahmenbedingungen Risiken eingehen und flexibel agieren.

Abstract

Auf makroökonomischer Ebene lassen sich einige Trends beobachten, die auf eine sich verschärfende Deindustrialisierung in Deutschland schließen lassen. Die Beschäftigung in der Industrie geht zurück, die Exporte sinken und der Produktionsindex befindet sich seit 2018 im Sinkflug. Mit der 8-teiligen Studienreihe „Industriedynamiken in Deutschland“ geht die Bertelsmann Stiftung den Entwicklungen in den Dimensionen Produktion, Technologie, Beschäftigung und Investitionen auf den Grund. Denn es gibt vielschichtige regionale und sektorspezifische Dynamiken, die eine differenzierte Betrachtung verdienen.

- **Tiefgreifende Automobilkrise:** Bei ihren Investitionsvorhaben bleibt die Automobilindustrie hinter den Erwartungen zurück. Sowohl in der Produktion als auch in der Technologieentwicklung sind angesichts des Abschieds vom Verbrennungsmotor deutliche Turbulenzen zu erkennen.
- **Schwache Position in wichtigen Zukunftstechnologien:** Seit 2018 ist die Zahl der jährlich angemeldeten Patente rückläufig. Auch bei den Weltmarktanteilen in verschiedenen Zukunftstechnologien, etwa der autonomen Mobilität und der Biotechnologie, sind deutliche Verluste zu verzeichnen.
- **Wachstumsorientiertes Produktionsportfolio:** Rund 76 Prozent der industriellen Wertschöpfung entfallen auf Branchen, in denen stark wachsende Produktgruppen gegenüber stark schrumpfenden überwiegen. Die Industrie zeigt sich angesichts veränderter Nachfrage und volatiler Rahmenbedingungen anpassungsfähig.
- **Neue Hochtechnologie-Branchen:** Positive Signale kommen aus zwei bislang eher kleinen Wirtschaftsbereichen: der Elektronik- und Optikbranche sowie der Pharmaindustrie. Beide investieren stark und könnten künftig erheblich an Bedeutung für die deutsche Industrie gewinnen.

Insgesamt ergibt sich ein komplexes Bild der Lage und Perspektive des deutschen Industriestandorts. Während viele Unternehmen aus den traditionell starken Branchen um ihre jahrzehntelang erarbeitete Position an den Weltmärkten kämpfen müssen, gibt es neue hoffnungsvolle Entwicklungen etwa in jungen High-Tech-Industrien. Um ein neues Erfolgsrezept in den veränderten globalen Rahmenbedingungen zu finden, kommt es darauf an, eine Balance zwischen dem Erhalt essenzieller industrieller Kapazitäten und der Innovationsfähigkeit herzustellen. Nicht die Größe der Industrie, sondern ihre Struktur und Innovationsfähigkeit sind maßgeblich für künftigen Wohlstand.

Ein pragmatischer wirtschaftspolitischer Mix aus vertikalen und horizontalen Maßnahmen erscheint angemessen. Dazu zählen vor allem Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage im EU-Binnenmarkt, etwa durch öffentliche Investitionen, Kaufanreize für europäische Güter und durch die weitere Integration des Binnenmarkts. Zudem ist zentral, neue Technologien zu fördern: der Staat kann die Bereitstellung von Wachstumskapital für innovative junge Unternehmen fördern und sollte bei der Spitzenforschung langfristig, verlässlich und fokussiert auf wenige Zukunftstechnologien setzen.

Schließlich gilt es, auch bei der industriellen Dekarbonisierung Kurs zu halten und bereits beschlossene Maßnahmen – etwa das Verbrenner-Aus, die Reformen des Europäischen Emissionshandels oder die Klimaschutzverträge – langfristig verbindlich im wirtschaftspolitischen Mix zu verankern. Stabile Rahmenbedingungen und Planungssicherheit sind wichtige Voraussetzungen für private Investitionen und schaffen die Grundlage für Unternehmen, ihre Transformation auch am heimischen Standort zu bestreiten. Um diese Investitionen schnell anzukurbeln ist neben der Modernisierung der staatlichen Infrastrukturen auch ein Abbau von Bürokratie und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren der richtige Weg.

Literatur

Bolwin, Lennart, Hanno Kempermann, Hilmar Klink und Fiona Seiler (2026). *Innovative Milieus 2026. Die Innovationsfähigkeit der deutschen Unternehmen in schwierigen Zeiten*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Boston Consulting Group (2025): *Changing Lanes: EV Strategies in the US, Europe, and China*.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019): *Nationale Industriestrategie 2030*.

Deutschlandfunk (2025): *Wäre Deutschland mit weniger Industrie schlechter dran?*. Verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/crashkurs-deindustrialisierung-100.html>

DeStatis (2008) *Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008)* - Stand: 20.04.2023

Gornig, M., Schiersch, A. (2026). *„Kostenüberwälzung und Preisaufschläge in der deutschen Bauwirtschaft*. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.

Hinz, J., Höra, E., Mahlow, H., und Petersen, T. (2025). *Wachstumseffekte von Freihandelsabkommen für Deutschland und die EU*.

OECD (2026), *OECD MAGIC Database of Industrial Subsidies*, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/ce94f33b-en>.

Tordoir, S. und Setser, B. (2025). *China shock 2.0. The cost of Germany's complacency*. Centre for European Reform.

Graham, Leonie und Koppel, Oliver (2026): *Industrieposition in der Zukunft: Patent- und Forschungsanalyse der deutschen Industrie*. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.

Dietrich, Anita, Falck, Oliver, Pfaffl, Christian und Woodman Deza, Amanda (2026). *Investitionstätigkeit der Industrie in Deutschland – Struktur und Ausblick*. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) Gütersloh.

Engler, J. F., Mertens, A., Seele, S., Schröder, C., Stettes, O. (2026). *Entwicklung der Industriebeschäftigung*. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.

Graham, Leonie, Haag, Maike, Kohlisch, Enno und Koppel, Oliver (2026): *Industrieposition in der Zukunft: Patentdynamik in zentralen Technologiebereichen*. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.

Die Industriedynamiken-Reihe

Bolwin, Lennart, Hanno Kempermann, Otto Meyer zu Schwabedissen und Marcus Wortmann (2025): *Investitionen in Deutschland: Sonderauswertung aus dem IW-Zukunftspanel*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Falck, Oliver, und Simon Krause (2026). *Bedeutung der Industrie: Internationale Evidenz zu Wachstum und regionaler Entwicklung*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Falck, Oliver und Christian Pfaffl (2026). *Eine Growth Share-Matrix für Deutschland*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Grömling, Michael (2026): *Einführung in den Strukturwandel*. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.

Impressum

© Bertelsmann Stiftung 2026

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Programm

Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Dr. Daniel Schraad-Tischler
Director

Verantwortlich

Otto Meyer zu Schwabedissen
Project Manager
otto.meyerezuschwabedissen@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Marcus Wortmann
Senior Expert
marcus.wortmann@bertelsmann-stiftung.de

Autor:innen

Luisa Kunze
Otto Meyer zu Schwabedissen
Dr. Marcus Wortmann

© Titelfoto: © DudeDesignStudio - stock.adobe.com /
KI-generiert

Autor | Kontakt

Otto Meyer zu Schwabedissen
Project Manager
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
otto.meyerezuschwabedissen@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81226

ISSN 2751-7373